

Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen

§ 1

Erhebung des Betrages

Zum Ersatz des Aufwandes für Herstellung, Erweiterung und Verbesserung von Anlagen im Bereich von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen und als Gegenleistung für die durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme den Eigentümern und Erbbauberechtigten der erschlossenen Grundstücke erwachsenden wirtschaftlichen Vorteile erhebt die Stadt Lengerich Beiträge nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Umfang des beitragsfähigen Aufwandes

- (1) Beitragsfähig ist insbesondere der Aufwand für
 1. den Erwerb (einschließlich Erwerbsnebenkosten) und die Freilegung der für die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung der Anlagen benötigten Grundflächen,
 2. den Wert der von der Stadt aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen zum Zeitpunkt des Beginns der Maßnahme,
 3. die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung der Fahrbahn mit Unterbau, Tragschichten und Decke sowie für notwendige Erhöhungen und Vertiefungen,
 4. die Herstellung, Erweiterung und Verbesserung von
 - a) Radwegen
 - b) Gehwegen
 - c) kombinierte Geh- und Radwege
 - d) Beleuchtungseinrichtungen
 - e) Entwässerungseinrichtungen
 - f) Böschungen, Schutz- und Stützmauern
 - g) Parkflächen
 - h) unselbstständige Grünanlagen
 - i) Mischflächen
- (2) Die Fahrbahnen der Ortsdurchfahrt von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind nur insoweit beitragsfähig, als sie breiter sind als die anschließenden freien Strecken.
- (3) Nicht beitragsfähig sind die Kosten
 1. für die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen, Wege und Plätze,
 2. für hoch- und Tiefstraßen sowie für Straßen, die für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind (Schnellverkehrsstraßen), ferner für Brücken, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen.

§ 3

Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Aufwendungen ermittelt.

§ 4

Anteil der Stadt und der Beitragspflichtigen am Aufwand

- (1) Die Stadt trägt den Teil des Aufwandes, der
- a) auf die Inanspruchnahme der Anlagen durch die Allgemeinheit entfällt.
 - b) bei der Verteilung des Aufwandes nach §§ 5 ff. auf ihre eigenen Grundstücke entfällt.

Der übrige Teil des Aufwandes ist von den Beitragspflichtigen zu tragen.

- (2) Überschreiten Anlagen die nach Abs. 3 anrechenbaren Breiten, so trägt die Stadt den durch die Überschreitung verursachten Mehraufwand allein. Bei den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen beziehen sich die anrechenbaren Breiten der Fahrbahnen auf die Breite, die über die beitragsfreie Fahrbahnbreite nach § 2 Abs. 2 hinausgeht.
- (3) Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand nach Abs. 1 Satz 2 und die anrechenbaren Breiten der Anlagen werden wie folgt festgesetzt:

| bei (Straßenart) | Anrechenbare Breiten (in Meter) | | Anteil der Beitragspflichtigen in % vom Hundert |
|--|--|------------|--|
| | in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten | im Übrigen | |
| 1. Anliegerstraßen | | | |
| a) Fahrbahn | 8,50 | 6,00 | 70 |
| b) Radwege einschl. Sicherheitsstreifen | je 2,40 | je 2,40 | 70 |
| c) Parkstreifen | je 5,00 | je 5,00 | 70 |
| d) Gehweg | je 2,50 | je 2,50 | 70 |
| e) gemeinsamer Geh- und Radweg | je 3,00 | je 3,00 | 65 |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | entfällt | entfällt | 70 |
| g) unselbstständige Grünanlagen | je 2,00 | je 2,00 | 60 |
| 2. Haupteerschließungsstraßen | | | |
| a) Fahrbahn | 8,50 | 6,50 | 50 |
| b) Radweg einschl. Sicherheitsstreifen | je 2,40 | je 2,40 | 50 |
| c) Parkstreifen | je 5,00 | je 5,00 | 70 |
| d) Gehweg | je 2,50 | je 2,50 | 70 |
| e) gemeinsamer Geh- und Radweg | je 3,00 | je 3,00 | 60 |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | entfällt | entfällt | 70 |
| g) unselbstständige Grünflächen | je 2,00 | je 2,00 | 60 |
| 3. Hauptverkehrsstraßen | | | |
| a) Fahrbahn | 8,50 | 8,50 | 30 |

| | | | |
|--|----------|----------|----|
| b) Radwege einschl. Sicherheitsstreifen | je 2,40 | je 2,40 | 30 |
| c) Parkstreifen | je 5,00 | je 5,00 | 70 |
| d) Gehweg | je 2,50 | je 2,50 | 70 |
| e) gemeinsamer Geh- und Radweg | je 3,00 | je 3,00 | 60 |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | entfällt | entfällt | 70 |
| g) unselbstständige Grünanlagen | je 2,00 | je 2,00 | 60 |
| 4. Hauptgeschäftsstraßen | | | |
| a) Fahrbahn | 7,50 | 7,50 | 60 |
| b) Radwege einschl. Sicherheitsstreifen | je 2,40 | je 2,40 | 60 |
| c) Parkstreifen | je 5,00 | je 5,00 | 70 |
| d) Gehweg | je 6,00 | je 6,00 | 70 |
| e) gemeinsamer Geh- und Radweg | je 6,00 | je 6,00 | 60 |
| f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung | entfällt | entfällt | 70 |
| g) unselbstständige Grünanlagen | je 2,00 | je 2,00 | 60 |
| 5. Verkehrsberuhigte Bereiche Einschl. Radwege, Begrünung, Park-Flächen, Beleuchtung und Straßenentwässerung | 12,00 | 12,00 | 70 |
| 6. Fußgänger-geschäftsstraßen einschl. Beleuchtung und Straßenentwässerung | 12,00 | 12,00 | 60 |

Wenn bei einer Straße ein oder beide Parkstreifen fehlen, erhöht sich die anrechenbare Breite der Fahrbahn um die anrechenbare Breite des oder der fehlenden Parkstreifen, höchstens jedoch um je 2,50 m, falls und soweit auf der Straße eine Parkmöglichkeit geboten wird.

- (4) Die in Abs. 3 Ziffern 1 bis 9 genannten Breiten sind Durchschnittsbreiten. Sie werden ermittelt, indem die Fläche der gesamten Anlage bzw. Teileinrichtung durch die Länge der Achse geteilt wird.
- (5) Für sonstige Anlagenarten, die nicht in Abs. 3 aufgeführt sind, werden die anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen am Aufwand für die anrechenbaren Breiten im Einzelfall durch Satzung festgesetzt.
- (6) Im Sinne der Absätze 3 gelten als

1. **Anliegerstraßen:**

- Straßen, die überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder der durch private Zuwegung mit ihnen verbundenen Grundstücke dienen,
2. **Haupterschließungsstraßen:**
Straßen, die der Erschließung von Grundstücken und gleichzeitig dem Verkehr innerhalb von Baugebieten oder innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen dienen, soweit sie nicht Hauptverkehrsstraßen nach Ziffer 3 sind,
 3. **Hauptverkehrsstraßen:**
Straßen, die dem durchgehenden innerörtlichen Verkehr oder dem überörtlichen Durchgangsverkehr dienen, insbesondere Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mit Ausnahme der Strecken, die außerhalb von Baugebieten und von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen liegen,
 4. **Hauptgeschäftsstraßen:**
Straßen, in denen die Frontlänge der Grundstücke mit Ladengeschäften oder Gaststätten im Erdgeschoss überwiegt, soweit es sich nicht um Hauptverkehrsstraßen handelt,
 5. **Fußgängergeschäftsstraßen:**
Hauptgeschäftsstraßen, die in ihrer gesamten Breite dem Fußgängerverkehr gewidmet sind, auch wenn eine zeitlich begrenzte Nutzung für den Anlieferverkehr möglich ist,
 6. **verkehrsberuhigte Bereiche:**
Als Mischfläche gestaltete Straßen nach § 42 Abs. 4a StVO.
- (7) Die vorstehenden Bestimmungen (Absätze 3-6) gelten für die öffentlichen Plätze und einseitig anbaubare Straßen und Wege entsprechend. Dabei sind die anrechenbaren Breiten für Radwege, Parkstreifen, Grünanlagen und Gehwege nach Absatz 3 nur entlang der bebauten bzw. babaubaren Grundstücke anzusetzen. Die anrechenbare Breite der Fahrbahn nach Absatz 3 ist bei einseitig anbaubaren Straßen und Wegen mit 2/3 zu berücksichtigen.
- (8) Grenzt eine Straße ganz oder in einzelnen Abschnitten mit einer Seite an ein Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet und mit der anderen Seite an ein sonstiges Baugebiet oder an einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil und ergeben sich dabei nach Absatz 3 unterschiedlich anrechenbare Breiten, so gilt für die gesamte Straße die größte Breite.
- (9) Für Anlagen oder deren Teilanlagen, für welche die in Absatz 3 festgesetzten anrechenbaren Breiten oder Anteile der Beitragspflichtigen offensichtlich nicht zutreffen, bestimmt der Rat durch Satzung im Einzelfall die anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen.

§ 5

Verteilung des umlagefähigen Aufwandes

- (1) Der nach den §§ 2-4 ermittelte Aufwand wird auf die im Sinne von § 1 erschlossenen Grundstücke nach deren Flächen verteilt. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung bzw. Nutzbarkeit der erschlossenen Grundstücke nach Maß (§ 6) und Art (§ 7) berücksichtigt.

- (2) Als Grundstücksfläche i. S. des Abs. 1 gilt bei baulich oder gewerblich genutzten bzw. benutzbaren Grundstücken außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes, die nicht insgesamt dem Innenbereich zuzuordnen sind,
- a) die Fläche zwischen der gemeinsamen Grenze des Grundstücks mit der Anlage und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Linie. Grundstücksteile, die lediglich die wegmäßige Verbindung zur Anlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.
 - b) soweit die Grundstücke nicht an die Anlage angrenzen, die Fläche zwischen der Grundstücksgrenze, die der Anlage zugewandt ist und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Linie.

Überschreitet die tatsächliche Nutzung die Abstände nach Satz 1 Buchstabe a) oder Buchstabe b), so fällt die Linie zusammen mit der hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

§ 6

Berücksichtigung des Maßes der Nutzung

- (1) Zur Berücksichtigung des unterschiedlichen Maßes der Nutzung bzw. Nutzbarkeit wird die Fläche vervielfacht mit:

- a) 1,0 bei einer Bebaubarkeit mit einem Vollgeschoss,
- b) 1,3 bei einer Bebaubarkeit mit zwei Vollgeschossen,
- c) 1,5 bei einer Bebaubarkeit mit drei Vollgeschossen,
- d) 1,6 bei einer Bebaubarkeit mit vier und fünf Vollgeschossen,
- e) 1,7 bei einer Bebaubarkeit mit sechs und mehr Vollgeschossen.

- (2) Für Grundstücke innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse wie folgt:

Ist die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt aus der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse.

Sind nur Baumaßnahmen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.

Ist nur die zulässige Gebäudehöhe festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die höchstzulässige Höhe geteilt durch 3,5, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.

Ist tatsächlich eine höhere als die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse vorhanden oder zugelassen, so ist diese zugrunde zu legen: dies gilt entsprechend, wenn die zulässige Baumassenzahl oder die höchstzulässige Gebäudehöhe überschritten werden.

- (3) Für Grundstücke außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes oder für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe nicht festsetzt, sowie für

Grundstücke, auf denen eine Bebauung nicht zulässig ist, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse:

- a) Bei bebauten Grundstücken aus der Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Höhe des Bauwerkes geteilt durch 3,5, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.
 - b) Bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschossen.
 - c) Bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich genutzt werden können, werden zwei Vollgeschosse zugrunde gelegt.
 - d) Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig oder vorhanden sind, wird ein Vollgeschoss je Nutzungsebene zugrunde gelegt.
- (4) Die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse bestimmt sich nach den landesrechtlichen Vorschriften (BauO NRW). Soweit bauliche Anlagen auf demselben Grundstück unterschiedliche Geschosshöhen aufweisen, ist die höchste Geschosshöhe maßgebend.

§ 7

Berücksichtigung der Nutzungsart

Die unterschiedliche Art der Nutzung wird wie folgt berücksichtigt:

- (1) Die Grundstücksfläche wird vervielfacht mit
 - a) 0,05 bei unbebauten landwirtschaftlich genutzten Flächen, soweit keine andere Nutzung zulässig ist.
 - b) 0,03 bei unbebauten forstwirtschaftlich genutzten Flächen, soweit keine andere Nutzung zulässig ist.
 - c) 1,0 bei bebauten landwirtschaftlich genutzten Flächen. Zu berücksichtigende Fläche ist die Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeit geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt. Für die so ermittelte Teilfläche ist die Maßzuschlagsregelung nach § 6 anzuwenden. Für die Restflächen gelten lit. a) bzw. b) entsprechend.
- (2) Die festgelegten Faktoren (oder Verteilungseinheiten) werden
 - a) um 0,5 erhöht bei Grundstücken in durch Bebauungsplan festgesetzten Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie Sondergebieten mit der Nutzungsart: Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe, Messe, Ausstellung und Kongresse;
 - b) um 0,5 erhöht bei Grundstücken in Gebieten, in denen ohne Festsetzung durch Bebauungsplan eine Nutzung wie in den unter Buchstabe a) genannten Gebieten vorhanden oder zulässig ist;
 - c) um 0,5 erhöht bei Grundstücken außerhalb der unter den Buchstaben a) und b) bezeichneten Gebieten, die gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzt werden (z. B. Grundstücke mit Büro-, Verwaltungs-

, Post-, Bahn-, Krankenhaus- und Schulgebäuden, Praxen für freie Berufe), wenn diese Nutzung nach Maßgabe der Geschossflächen überwiegt. Liegt eine derartige Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, gilt die tatsächlich so genutzte Fläche als Geschossfläche.

- d) um 0,5 ermäßigt bei Grundstücken, die einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden können, die jedoch aufgrund ihrer Zweckbestimmung nur untergeordnet bebaubar sind (z. B. Kirchengrundstücke, Friedhöfe, Sportanlagen, Campingplätze, Freibäder, Dauerkleingärten oder private Grünanlagen).
- e) um 1/3 ermäßigt bei Grundstücken, die von mehreren Anlagen erschlossen werden, wenn die abzurechnende Anlage eine Ausstattung erlangt, die eine andere das Grundstück erschließende Anlage bereits besitzt. Diese Ermäßigung gilt nicht für Grundstücke nach lit. a) bis d).

§ 8

Abschnitte von Anlagen, Kostenspaltung

- (1) Für selbstständig benutzbare Abschnitte einer Anlage kann der Aufwand selbstständig ermittelt und erhoben werden.
- (2) Erstreckt sich eine straßenbauliche Maßnahme auf mehrere Straßenabschnitte, für die sich nach § 4 Abs. 3 unterschiedliche anrechenbare Breiten oder unterschiedliche Anteile der Beitragspflichtigen ergeben, so sind die Straßenabschnitte gesondert abzurechnen.
- (3) Der Beitrag kann selbstständig und ohne Einhaltung der Reihenfolge erhoben werden für
 - 1. Grunderwerb,
 - 2. Freilegung,
 - 3. Fahrbahn,
 - 4. Radweg,
 - 5. Gehweg,
 - 6. Parkflächen,
 - 7. Beleuchtung,
 - 8. Oberflächenentwässerung,
 - 9. unselbstständige Grünanlagen und
 - 10. kombinierte Geh- und Radwege
- (4) Die Entscheidung über die Abrechnung eines bestimmten Abschnittes (Abs. 1) einer Anlage sowie über die Durchführung der Kostenspaltung (Abs. 3) wird dem Bürgermeister übertragen.

§ 9

Vorausleistung und Ablösung

- (1) Sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist, kann die Stadt Vorausleistungen, höchstens jedoch bis zur Höhe des voraussichtlichen Beitrages, erheben.

- (2) Der Straßenbaubeitrag kann abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe dieser Satzung zu ermittelnden Straßenbaubeitrages.

Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 10

Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der
- a) endgültigen Herstellung der Anlage
 - b) endgültige Herstellung des Abschnittes nach § 8
 - c) Beendigung der Teilmaßnahme gemäß § 8
- (2) Ist die Maßnahme mit Grunderwerb verbunden, so ist auch Merkmal der endgültigen, dass die Grundstücke in das Eigentum der Stadt übergegangen sind.

§ 11

Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Mehrere Eigentümer eines Grundstückes sind Gesamtschuldner.
- (2) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (3) Bei Wohnungs- und Teileigentum im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihres Miteigentumsanteils beitragspflichtig.

§ 12

Fälligkeit

Der Betrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 13

Übergangsregelung

Für Ausbaumaßnahmen, deren technische Ausbauprogramme noch vor Inkrafttreten dieser Satzung erstellt worden sind, gelten die Vorschriften der Straßenbaubeitragsatzung vom 18.10.1990 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 02.05.1991.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Neufassung der Satzung:

in Kraft getreten am 29.03.2006